

Landtagskommission beschließt Positionspapier des Niedersächsischen Integrationsrates (NIR) zur Verankerung der Migrationsbeiräte in der Kommunalverfassung

Die Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe im Nds. Landtag hat in ihrer 13. Sitzung am 7. Juli 2020 das Positionspapier des NIR als Empfehlung an die Landesregierung zur Umsetzung der Gesetzesinitiative beschlossen.

Seit 30 Jahren wurde die Forderung nach einer Verankerung von demokratisch legitimierten Interessenvertretungen für die zugewanderte Bevölkerung in die Kommunalverfassung seitens des NIR in verschiedene politische Gremien eingebracht.

Die NIR-Vorsitzende Galina Ortmann bedankte sich bei den Mitgliedern der Expertengruppe des NIR, die mit ihr zusammen den Text formuliert hat, für die erfolgreiche Arbeit und beschrieb gleichzeitig die kommenden Herausforderungen:

„Nun haben wir durch unser kontinuierliches Beharren es endlich erreicht, dass diese grundlegende Forderung des NIR den Weg von der Kommission in die Ausschüsse und in das Parlament gehen kann.

Um unser Vorhaben erfolgreich zu Ende zu führen, ist allerdings eine weitere intensive politische Lobbyarbeit bei den kommunalen Spitzenverbänden und der Landesregierung bis hin zum Ministerpräsidenten notwendig.

Gern werde ich diese Aufgabe in den nächsten Monaten gemeinsam mit unseren Mitgliedern in den Gemeinden, Kommunen und Landkreisen angehen, um den Bestand und die Zukunftsfähigkeit unseres Verbandes zu sichern“.

Hannover, 09.07.2020

V.i.S.d.P.:

Achim Weber

Geschäftsführer



Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

Niedersächsischer Integrationsrat
Geschäftsstelle Bildungsverein
Am Listholze 31, 30177 Hannover
Tel.: 0511 338 798 54
Fax: 0511 338 798 53
nir@bildungsverein.de
www.nds-nir.de